

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

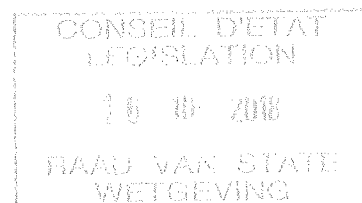
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

64454/3



Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFT, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION, DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER DIE FINANZIERUNG DER PFLEGE BEI INANSPRUCHNAHME VON PFLEGEDIENSTEN ÜBER DIE GRENZEN DES TEILSTAATES HINAUS

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus gebilligt werden.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Bemerkungen zum Gutachten des Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie der häuslichen Hilfe.....	6
Kommentar zu dem einzigen Artikel.....	6
Vorentwurf	7
Gutachten des Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie der häuslichen Hilfe.....	8
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus.....	9



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Mit der sechsten Staatsreform wurde den Regionen und Gemeinschaften eine Reihe von Zuständigkeiten des Föderalstaats übertragen. Dies hat dazu geführt, dass bestehende Rechtsvorschriften überarbeitet oder neue Rechtsvorschriften erstellt wurden. Um zu vermeiden, dass dadurch Lücken entstehen oder sich unerwünschte Folgen ergeben, schließen die betroffenen Regionen und Gemeinschaften ein Zusammenarbeitsabkommen ab.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen bezieht sich auf die Alten- und Pflegewohnheime einschließlich der Tagespflegezentren und Kurzzeitaufenthalte, der Rehabilitationskliniken und ambulanten Rehabilitationszentren, der psychiatrischen Pflegewohnheime und der Initiativen für Begleitetes Wohnen, die gemäß dem Sondergesetz vom 6. Januar 2014 über die sechste Staatsreform bisher vom Föderalstaat über die Kranken- und Invaliditätsversicherung erstattet wurden.

Ausgangspunkt des Zusammenarbeitsabkommens ist, dass für die Bürger durch die sechste Staatsreform keine Nachteile entstehen und sich ihre Situation nicht verschlechtert. Vor allem für die hochspezialisierte Pflege ist es erforderlich, dass die Bürger überall im Land Betreuung und Behandlung erhalten können und sicher sein können, dass die Pflege erstattet wird. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, dass in einer Übergangsphase die derzeitigen Finanzierungsmodalitäten erhalten bleiben, sollte eine pflegebedürftige Person in einem anderen Teilstaat Pflege beanspruchen. Zudem sollte die Gegenseitigkeit gewährleistet sein.

In diesem Fall muss die betreffende Person dasungsverfahren des betreffenden Teilstaats befolgen. Sie kann aber auch auf die Pflege zurückgreifen, die von dem Teilstaat finanziert wird, der die Einrichtung oder den Leistungserbringer anerkannt hat.

In der Zwischenzeit wird ein Prüfsystem entwickelt, um mögliche Finanztransfers und deren Höhe festzustellen. Ein fundiertes Zusammenarbeitsabkommen könnte dann zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen werden, wobei die Teilstaaten die Kosten für die Betreuung ihrer Bürger übernehmen, die in eine Einrichtung eines anderen Teilstaats einziehen oder diese in Anspruch nehmen.

Es ist auch wichtig, einen Mechanismus festzulegen, der die Revision des derzeitigen Zusammenarbeitsabkommens mit einem vereinfachten Verfahren ermöglicht. Zu diesem Zweck wird vorgesehen, dass das Zusammenarbeitsabkommen durch ein Zusammenarbeitsprotokoll geändert werden kann. Dies erfordert selbstverständlich einen Konsens aller Beteiligten. Aus Gründen der Rechtssicherheit ist es auch wichtig, dass keine Partei das Zusammenarbeitsabkommen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren einseitig kündigen kann. Es ist jedoch eine Konsultationsinstanz vorgesehen, die von jeder Partei ad hoc einberufen werden kann.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1



Dieser Artikel enthält eine Auflistung von Begriffsbestimmungen, die im Zusammenarbeitsabkommen verwendet werden.

Artikel 2

In diesem Artikel wird der Anwendungsbereich des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt. Die verschiedenen abgedeckten Bereiche sind vollständig aufgelistet.

Artikel 3

Dieser Artikel bestimmt, dass dieses Zusammenarbeitsabkommen für jeden Einwohner Belgiens gilt und für die Personen, die auf der Grundlage europäischer und internationaler Vorschriften Anrechte haben.

Artikel 4

In diesem Artikel werden die Grundprinzipien des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt: Diese betreffen die Dienstleistungskontinuität und die Rechtssicherheit.

Artikel 5

Nach Ablauf der in Artikel 6 vorgesehenen Übergangszeit bestimmt der Wohnsitz der Person in Belgien, welcher Teilstaat für die Finanzierung der Pflege zuständig ist, unabhängig davon, wo die Pflege geleistet wird. Für denjenigen, der Rechte auf der Grundlage europäischer und internationaler Rechtsvorschriften hat, gilt zur Bestimmung der Zuständigkeit das Kriterium der Niederlassung des Unternehmens, bei dem er beschäftigt ist. Für Personen, die Anrecht auf eine belgische Pension haben und in einem anderen Mitgliedstaat der europäischen Union leben, ist der Unternehmenssitz des letzten Arbeitgebers ausschlaggebend für die Bestimmung des zuständigen Teilstaates.

Für Bewohner des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt und für Einrichtungen, die durch die Französische Gemeinschaft anerkannt sind, wird ein Ausführungszusammenarbeitsabkommen, aufgrund der Tatsache, dass mehrere Behörden zuständig sind im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt, dieses Prinzip konkretisieren.

Artikel 6

Um die Dienstleistungskontinuität und die Rechtssicherheit nicht zu beeinträchtigen, wird eine Übergangsphase eingeführt. Diese Übergangsphase weicht von dem Grundsatz ab, dass der Wohnsitz der Person in Belgien oder, im Falle einer Person, die nicht in Belgien ihren Wohnsitz hat, ihr Beschäftigungsort bestimmt, welcher Teilstaat für die Finanzierung der Pflege zuständig ist. Stattdessen wird die Finanzierung von dem Teilstaat übernommen, der die Einrichtung anerkennt, in der die Person wohnt.

Beispielsweise werden die Kosten für die Betreuung einer Person mit Wohnsitz in der Wallonie, die aber von einer Brüsseler Einrichtung betreut wird, von der anerkennenden Behörde in Brüssel getragen. Der Zuschuss für die erbrachte Leistung wird im Rahmen der Drittzahlerregelung direkt an die betreffende Einrichtung gezahlt.

Um einen Anspruch auf einen Zuschuss zu erwirken, müssen jedoch die Verfahrensregeln des Teilstaates eingehalten werden, in dem die Einrichtung anerkannt ist.

Im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt können die Bewohner des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt während der Übergangszeit alle Einrichtungen unabhän-

gig von der anerkennenden Behörde nutzen, wobei die Kosten für diese Betreuung von dieser anerkennenden Behörde getragen werden.

Artikel 7

Die Übergangsregelung ist befristet und kann stillschweigend einmal verlängert werden. Auf der Grundlage dieses Zusammenarbeitsabkommens kann die Übergangsphase maximal sechs Jahre dauern. Danach gilt der Grundsatz, dass der Wohnsitz oder Unternehmenssitz des Arbeitsgebers der Person gemäß Artikel 5 §2 für die Finanzierung der Pflege entscheidend ist.

Eine einseitige Kündigung des Abkommens ist nicht möglich. Ein Konsens ist erforderlich, um das Zusammenarbeitsabkommen zu beenden oder anzupassen.

Artikel 8

In der Übergangsphase werden die Vorbereitungen für die zukünftige, über die Grenzen eines Teilstaats hinausgehende Finanzierungsweise der Pflege getroffen. Zu diesem Zweck wird ein Prüfsystem eingerichtet, das die Finanzierungsströme der verschiedenen Teilstaaten überwacht.

Artikel 9

Weitere praktische Regelungen werden in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen festgelegt.

Artikel 10

In diesem Artikel wird festgelegt, wann das Zusammenarbeitsabkommen in Kraft tritt.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR WOHN-, BEGLEIT- UND PFLEGESTRUKTUREN FÜR SENIOREN SOWIE DER HÄUSLICHEN HILFE

Der Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie der häuslichen Hilfe hat in seiner Sitzung vom 12. September 2018 den Vorentwurf des Dekrets einstimmig verabschiedet.

Es werden die Empfehlungen geäußert, dass nach Ablauf der Übergangsperiode die Verrechnung der Kosten auf der Ebene der Teilstaaten organisiert werden sollten und dass nur eine einzige Verrechnung stattfinden sollte.

Entsprechende Vereinbarungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt in einem Ausführungsabkommen zwischen den Teilstaaten festgehalten werden.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziges Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



**GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR WOHN-, BEGLEIT- UND PFLEGESTRUKTUREN FÜR SENIOREN
SOWIE DER HÄUSLICHEN HILFE**

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized capital 'A' with a horizontal stroke extending to the right.

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus

Als Anlage separat beigefügt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a vertical line and a small hook.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE FRANSE GEMEENSCHAP, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE, DE FRANSE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE FINANCIERING VAN ZORG BIJ GEBRUIK VAN ZORGVOORZIENINGEN OVER DE GRENZEN VAN DE DEELSTAAT

INHOUD

Dit decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de financiering van zorg bij gebruik van zorgvoorzieningen over de grenzen van de deelstaat.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Opmerkingen bij het advies van de Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp.....	6
Bespreking van het enige artikel.....	6
Voorontwerp	7
Advies van de Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp.....	8
Bijlage	
Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de financiering van zorg bij gebruik van zorgvoorzieningen over de grenzen van de deelstaat.....	9

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Met de Zesde Staatshervorming werden heel wat bevoegdheden van het federale beleidsniveau overgeheveld naar de gewesten en de gemeenschappen. Dit heeft ertoe geleid dat bestaande regelgeving werd herschreven of dat nieuwe regelgeving werd uitgewerkt. Om te vermijden dat hierdoor lacunes ontstaan of dat ongewenste effecten gegenereerd worden, sluiten de betrokken gewesten en gemeenschappen een samenwerkingsakkoord af.

Dit samenwerkingsakkoord heeft betrekking op de residentiële ouderenzorg inclusief dagverzorgingscentra en kortverblijf, de revalidatieziekenhuizen en ambulante revalidatiecentra, de psychiatrische verzorgingstehuizen en de initiatieven voor beschut wonen die overeenkomstig de Bijzondere Wet van 6 januari 2014 met betrekking tot de Zesde Staatshervorming voorheen vergoed werden door de federale overheid via de ziekte- en invaliditeitsverzekering.

Het uitgangspunt van het samenwerkingsakkoord is dat de burger geen hinder mag ondervinden van de Zesde Staatshervorming en er niet mag op achteruitgaan. Zeker voor bepaalde zeer gespecialiseerde zorg is het noodzakelijk dat hij overal in het land terecht kan en zeker is van vergoeding van de zorg. Om dit te garanderen is het noodzakelijk dat in een overgangsfase de huidige manier van financiering blijft bestaan als een persoon met een zorgbehoefte een beroep doet op zorg in een andere deeltentiteit en dat de wederkerigheid gegarandeerd is.

De betrokken persoon zal in dat geval wel de administratieve procedure van de betrokken deeltentiteit moeten volgen. Maar hij kan verder een beroep doen op zorg, die gefinancierd wordt door de deeltentiteit die de voorziening of de verstrekker erkent.

Ondertussen wordt een monitoringssysteem uitgebouwd, zodat mogelijke financiële transfers en de omvang ervan zichtbaar worden. In een latere fase kan dan een onderbouwd samenwerkingsakkoord afgesloten worden, waarbij deeltentiteiten in de back office de kosten op zich nemen voor de kosten voor zorg van hun burgers die in een andere deeltentiteit worden opgenomen.

Belangrijk is ook dat een mechanisme wordt ingebouwd, waarbij de herziening van het huidige samenwerkingsakkoord via een vereenvoudigde procedure mogelijk is. Hiertoe wordt ingeschreven dat het samenwerkingsakkoord kan gewijzigd worden met een samenwerkingsprotocol. Daar is uiteraard wel consensus bij alle betrokken partijen voor vereist. Voor de rechtszekerheid is het ook belangrijk dat gedurende een periode van drie jaar geen enkele partij het samenwerkingsakkoord eenzijdig kan opzeggen. Er wordt wel een overlegstructuur voorzien die door elk van de partijen ad hoc kan worden bijeengeroepen.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1

Dit artikel bevat een opsomming van definities die gebruikt worden in het samenwerkingsakkoord.

Artikel 2

In dit artikel wordt het toepassingsgebied van het samenwerkingsakkoord vastgelegd. De verschillende sectoren die erdoor gevat worden, worden exhaustief opgesomd.

Artikel 3

Dit artikel bepaalt dat dit samenwerkingsakkoord van toepassing is op iedere inwoner van België en op elke persoon die rechten opent op basis van de Europese en internationale regelgeving.

Artikel 4

Dit artikel legt de basisprincipes van dit samenwerkingsakkoord vast: continuïteit in de dienstverlening en rechtszekerheid.

Artikel 5

De woonplaats van een inwoner van België zal – na afloop van een overgangsfase die beschreven wordt in artikel 6 – bepalen welke deelentiteit zal instaan voor de financiering van de verstrekte zorg, ongeacht de plaats waar de zorg wordt verstrekt. Voor wie rechten opent op basis van de Europese en internationale regelgeving is het criterium de exploitatiezetel van de werkgever van de persoon. Voor personen die gepensioneerd zijn en recht hebben op een Belgisch pensioen en wonen in een andere Lidstaat, is het de exploitatiezetel van de werkgever van de aanvrager waar hij werkte voor zijn pensioen.

Voor inwoners van het tweetalig gebied Brussel Hoofdstad en voor voorzieningen erkend door de Franse Gemeenschap zal een uitvoeringsakkoord dit principe verder concretiseren, aangezien in beide gevallen meerdere overheden bevoegd zijn in het tweetalig gebied Brussel Hoofdstad.

Artikel 6

Om te vermijden dat de continuïteit in de dienstverlening en de rechtszekerheid in het gedrang komen wordt een overgangsfase ingesteld. In deze overgangsfase wordt afgeweken van het principe dat de woonplaats van een inwoner van België of de exploitatiezetel van de werkgever voor personen die niet in België wonen, bepaalt welke deelentiteit instaat voor de financiering van de verstrekte zorg. Het is integendeel de deelentiteit die de voorziening waar een inwoner van België verblijft, erkent, die instaat voor de financiering.

Zo zullen bijvoorbeeld de kosten voor zorg van een inwoner van Wallonië die zorg ontvangt van een voorziening uit Brussel ten laste zijn van de erkennende overheid in Brussel. De tegemoetkoming voor de verleende zorg wordt in een derdebetalersregeling aan de betrokken voorziening betaalt.

Om in aanmerking te komen voor een tegemoetkoming zullen wel de procedureregels van de betrokken deelentiteit moeten gevolgd worden.

In het tweetalig gebied Brussel-Hoofdstad kunnen de inwoners van het tweetalig gebied Brussel-Hoofdstad in de overgangsperiode gebruik maken van alle voorzieningen, onafhankelijk van de erkennende overheid, waarbij de kosten voor deze zorg ten laste van deze erkennende overheid komen.

Artikel 7

De overgangsregeling is beperkt in de tijd en kan één keer stilzwijgend verlengd worden. Op basis van dit samenwerkingsakkoord kan de overgangsfase maximaal zes jaar duren. Daarna wordt het principe toegepast dat de woonplaats of de exploitatiezetel van de werkgever van de persoon, vermeld in artikel 5 §2, bepalend is voor de financiering van de zorg.

Een eenzijdige opzegging van het akkoord kan niet. Er is consensus nodig om het samenwerkingsakkoord op te zeggen of aan te passen.

Artikel 8

In de overgangsfase wordt de toekomstige, de grenzen van een deelstaat overschrijdende wijze van financieren van de zorg voorbereid. Daartoe wordt een monitoringssysteem opgezet, dat de financieringsstromen vanuit de verschillende deeltentiteiten monitort.

Artikel 9

Verdere praktische afspraken worden vastgelegd in een uitvoeringsakkoord.

Artikel 10

Dit artikel bepaalt wanneer het samenwerkingsakkoord in werking treedt.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE ADVIESCOMMISSIE VOOR DE WOON-, BEGELEIDINGS- EN VERZORGINGSSTRUCTUREN VOOR BEJAARDEN EN VOOR DE THUISHULP

De Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp heeft het voorontwerp van decreet op haar vergadering van 12 september 2018 eenstemmig goedgekeurd.

De adviescommissie heeft aanbevolen dat de verrekening van de kosten na afloop van de overgangsperiode op het niveau van de deeltentiteiten zou moeten worden georganiseerd en dat slechts één verrekening zou mogen plaatsvinden.

Zulke afspraken zullen later in een uitvoeringsakkoord tussen de deeltentiteiten worden vastgelegd.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de financiering van zorg bij gebruik van zorgvoorzieningen over de grenzen van de deelstaat

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de financiering van zorg bij gebruik van zorgvoorzieningen over de grenzen van de deelstaat.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

**ADVIES VAN DE ADVIESCOMMISSIE VOOR DE WOON-, BEGELEIDINGS- EN VERZORGINGS-
STRUCTUREN VOOR BEJAARDEN EN VOOR DE THUISHULP**

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de financiering van zorg bij gebruik van zorgvoorzieningen over de grenzen van de deelstaat

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus

Angesichts der Artikel 128, 130, 135 und 138 der Verfassung;

angesichts des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 5, §1, I 2° bis 5°;

aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission übertragen wird

aufgrund des Dekrets der Französischen Gemeinschaftskommission vom 4. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission übertragen wird;

aufgrund des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission übertragen wird;

aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über Institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 4;

In der Erwägung, dass die Dienstleistungskontinuität gewährleistet sein muss;

In Erwägung, dass den Nutznießern durch die Änderungen aufgrund der sechsten Staatsreform keine Nachteile entstehen sollten;

In Erwägung, dass es für bestimmte hochspezialisierte Behandlungen notwendig ist, dass sich die Nutznießer überall im Land der Kostenerstattung sicher sein können;

In Erwägung, dass die Betreuungskontinuität in anderen Teilstaaten als demjenigen, in denen man wohnhaft ist, gewährleistet sein muss;

In Erwägung, dass es in einer Übergangsphase notwendig ist, die derzeitige Art der Finanzierung zu erhalten, sollte eine Person mit Pflegebedarf in einem anderen Teilstaat Pflegedienstleistungen in Anspruch nehmen, und dass die Gegenseitigkeit zu gewährleisten ist;

Die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den flämischen Minister für Wohlbefinden, Volksgesundheit und Familie;

Die Wallonische Region, vertreten durch den wallonischen Minister für Soziales, Gesundheit und Chancengleichheit, öffentliche Verwaltung und administrative Vereinfachung ;

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

Die Französische Gemeinschaft, vertreten durch den Minister für universitäre Krankenhäuser und die Rehabilitationskonventionen, die mit universitären Krankenhäusern abgeschlossen wurden;

Das Vereinigte Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, vertreten durch die für die Gesundheitspolitik zuständigen Mitglieder und die Hilfeleistungspolitik zuständigen Mitglieder;

Die Französische Gemeinschaftskommission (COCOF), vertreten durch das für die Gesundheitspolitik zuständige Mitglied ;

nachstehend „die Parteien des Abkommens“;

haben in gemeinsamer Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten Folgendes vereinbart worden:

Kapitel 1. Begriffsbestimmungen

Artikel 1. In diesem Zusammenarbeitsabkommen haben folgende Begriffe die jeweils nachstehend genannten Bedeutungen:

1. Tellstaaten: die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaftskommission (COCOF) und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission (GGK).
2. Wohnort: die Adresse, an der die pflegebedürftige Person gemäß Artikel 32 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuches wohnt
3. Pflegeeinrichtung: die Einrichtungen, die den Gemeinschaften durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014 über die sechste Staatsreform übertragen wurden, so wie diese in Artikel 5 § 1 I Nummern 2-5 und Artikel 5 § 1 II Nummer 5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen definiert werden.

Kapitel 2. Anwendungsbereich

Art. 2. Das Zusammenarbeitsabkommen bezieht sich auf die folgenden Befugnisse, die im Rahmen der sechsten Staatsreform den Tellstaaten übertragen wurden:

- Alten- und Pflegewohnheime, einschließlich der Tagespflegezentren und Kurzaufenthalte;
- Rehabilitationskliniken und ambulante Rehabilitationszentren;
- Psychiatrische Pflegewohnheime;
- Initiativen für Begleitetes Wohnen.

Art. 3. Das Zusammenarbeitsabkommen ist nur anwendbar auf Personen, die ihren Wohnort in Belgien haben und auf Berechtigte im Rahmen der europäischen und internationalen Rechtsvorschriften.

Kapitel 3. Grundprinzipien

Art. 4. Der Zweck des Zusammenarbeitsabkommens ist die Gewährleistung der Dienstleistungskontinuität und der Rechtssicherheit aller beteiligten Akteure.

Kapitel 4. Vereinbarungen zwischen den Teilstaaten

Art. 5. §1 Der Wohnort der pflegebedürftigen Person bestimmt, welcher Teilstaat für die Bezuschussung der Leistungen, die dieses Zusammenarbeitsabkommen betreffen, zuständig ist.

§2 In Abweichung von §1 bestimmt der Beschäftigungsort von Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in der Schweiz haben, welcher Teilstaat zuständig ist, wenn sie aufgrund von europäischen Regelungen oder internationalen Verträgen Anspruch auf Leistungen aus diesem Zusammenarbeitsabkommen haben.

Für die Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in der Schweiz haben und die Anrecht auf eine belgische Pension aufgrund von europäischen Regelungen oder internationalen Verträgen haben, bestimmt der Beschäftigungsort des letzten Arbeitgebers der betroffenen Person zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung, welcher Teilstaat zuständig ist.

§3 Dieser Artikel tritt für die Bewohner der Region Brüssel-Hauptstadt erst in Kraft, wenn die Konkretisierung dieses Prinzips in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen zwischen den zuständigen Behörden in der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt vereinbart wurde.

Art. 6. §1 Während einer Übergangsphase gewähren die Teilstaaten allen pflegebedürftigen Personen, die ihren Wohnort in einem bestimmten Teilstaat haben, jedoch in einer von einem anderen Teilstaat anerkannten Einrichtung leben oder diese in Anspruch nehmen, dieselben Rechte, unabhängig vom Wohnort oder dem Beschäftigungsort der in Artikel 5 §2 erwähnten Personen.

Die Gewährung dieser Rechte unterliegt den Regeln und Bedingungen, die in den Vorschriften des jeweiligen Teilstaats festgelegt sind.

Der Teilstaat, der die betreffende Einrichtung anerkennt, zahlt der anerkannten Einrichtung einen Zuschuss im Rahmen einer Drittzahler-Regelung gemäß den Vorschriften und auf Kosten des für die Anerkennung zuständigen Teilstaats.

§2 Während einer Übergangsphase gewähren die zuständigen Behörden des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt allen Personen, die ihren Wohnort in Belgien haben oder den in Artikel 5 §2 erwähnten Personen, die ihren Wohnort außerhalb des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt haben und eine durch das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt anerkannte Einrichtung in Anspruch nehmen, dieselben Rechte wie Personen mit Wohnort im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt.

Während einer Übergangsphase bezahlt der Teilstaat, der die betreffende Einrichtung im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt anerkennt einen Zuschuss im Rahmen einer Drittzahler-Regelung auf dieselbe Art und Weise für alle Personen, die ihren Wohnort im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt haben und die die anerkannte Einrichtung in Anspruch nehmen.

Art. 7. Die in Artikel 6 genannte Übergangsphase gilt für drei Jahre und wird stillschweigend einmal um weitere drei Jahre verlängert, sofern kein neues Abkommen geschlossen wird.

Falls ein Teilstaat das Zusammenarbeitsabkommen revidieren will, kann er jederzeit die Revision beantragen, wenn ein eindeutiges Ungleichgewicht in den gegenseitigen

Verpflichtungen aus diesem Abkommen festgestellt werden kann. Eine Revision des Zusammenarbeitsabkommens erfordert einen Konsens aller Parteien.

Jeder Teilstaat kann jederzeit eine Ad-hoc-Konsultation zu diesem Thema einberufen.

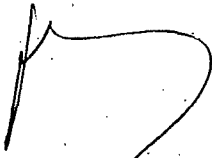
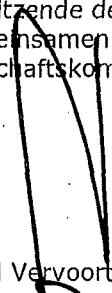
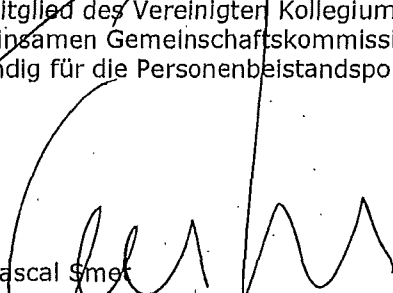
Art. 8. Während der Übergangsphase überwacht jeder Teilstaat die Anwesenheit pflegebedürftiger Personen, die ihren Wohnort in anderen Teilstaaten haben, die die von diesem Teilstaat anerkannten Einrichtungen nutzen, sowie die an diese Einrichtungen zu diesem Zweck gezahlten Zuschüsse. Diese Überwachung erfolgt gemäß den in einem Protokoll festzulegenden Modalitäten im Hinblick auf die Ausarbeitung eines koordinierenden Zusammenarbeitsabkommens nach der Übergangsphase, in der die Abrechnungen zwischen den verschiedenen Teilstaaten geregelt werden.

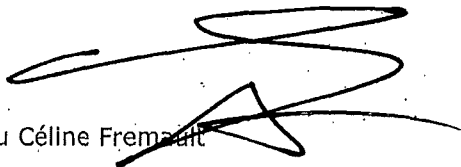
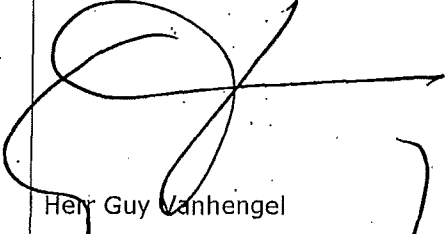
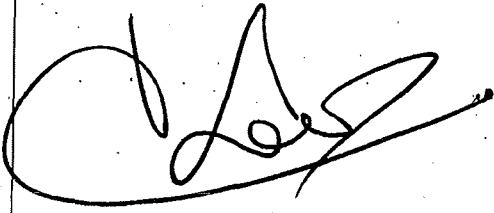
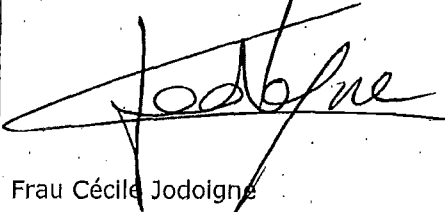
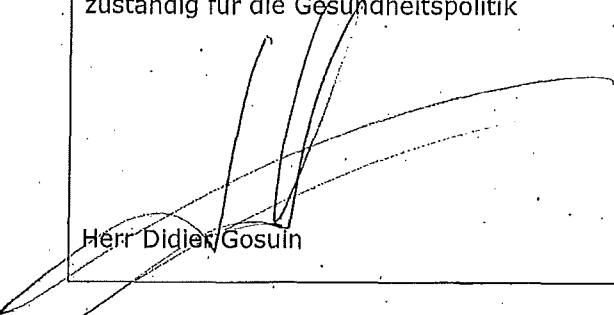
Art. 9. Die Modalitäten für die weitere Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens werden in einem Durchführungszusammenarbeitsabkommen weiter ausgearbeitet.

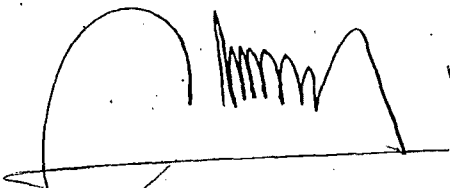
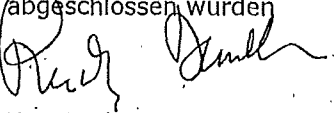
Kapitel 5. Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

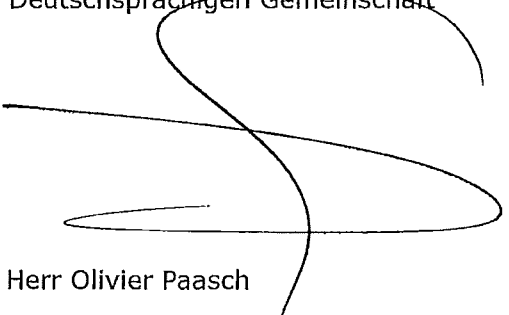
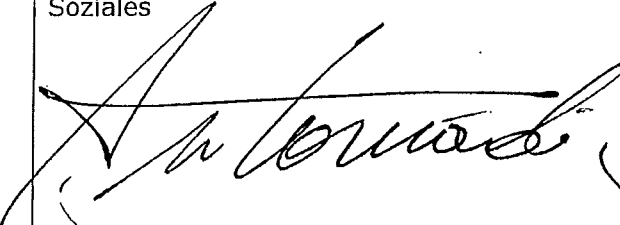
Art. 10. Dieses Zusammenarbeitsabkommen tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Unterzeichnet in Brüssel am _____, in einer Originalausfertigung auf Niederländisch, Französisch und Deutsch, die bei der Flämischen Gemeinschaft hinterlegt wird, die für die gleichlautenden Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt sorgen wird.

Der Ministerpräsident der Flämischen Regierung 	Der flämische Minister für Soziales, Volksgesundheit und Familie 
Herr Geert Bourgeois	Herr Jo Vandeuren
Der Vorsitzende des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission 	Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, zuständig für die Personenbeistandspolitik 
Herr Rudi Vervoort	Herr Pascal Smet

Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, zuständig für die Personenbeistandspolitik  Frau Céline Fremault	Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, zuständig für die Gesundheitspolitik  Herr Guy Vanhengel
Die Ministerpräsidentin des Kollegiums der Französischen Gemeinschaftskommission (COCOF)  Frau Fadila Laanan	Das Mitglied des Kollegiums der Französischen Gemeinschaftskommission (COCOF), zuständig für öffentliche Verwaltung und Gesundheitspolitik  Frau Cécile Jodoigne
Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zuständig für die Gesundheitspolitik  Herr Didier Gosuin	

Der Ministerpräsident der Wallonischen Regierung  Herr Willy Borsus	Die wallonische Ministerin für Soziales Gesundheit und Chancengleichheit, öffentliche Verwaltung und administrative Vereinfachung  Frau Alda Greoli,
Der Ministerpräsident der Französischen Gemeinschaft, zuständig für universitäre Krankenhäuser und die Rehabilitationskonventionen, die mit universitären Krankenhäusern abgeschlossen wurden  Herr Rudy Demotte	

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft  Herr Olivier Paasch	Der Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales  Herr Antonios Antoniadis
--	--